

## PRESSEMITTEILUNG Katholischer Pflegeverband e.V.

Katholischer Pflegeverband kritisiert Omnibus-Gesetz:
Befugniserweiterung wird mit Klinik-Kürzungen verknüpft – Pflege zahlt den Preis

Bonn, 27. November 2025 –

Der Katholische Pflegeverband unterstützt die im "Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung" vorgesehenen erweiterten pflegerischen Kompetenzen. Die Reform sei notwendig, um den Beruf zu stärken und perspektivisch die Versorgung zu verbessern. Scharf kritisiert der Verband jedoch den Omnibus-Charakter des Gesetzes: Die Befugniserweiterung werde mit Änderungen in der Krankenhausfinanzierung verknüpft, die jährliche Kürzungen von rund 1,8 Milliarden Euro zur Folge hätten.

"Dieses Gesetz ist ein klassisches Omnibus-Gesetz: Hier werden völlig unterschiedliche Regelungen miteinander vermischt – und am Ende zahlt die Pflege den Preis. Man kann keine Reform stärken, indem man gleichzeitig Kliniken finanziell schwächt."

Hans-Josef Börsch, Vorsitzender des Katholischen Pflegeverbands

Die geplanten Einschnitte gefährdeten laut Verband die wirtschaftliche Stabilität vieler

Kliniken – darunter zahlreicher kirchlicher Häuser – und erschwerten gerade jene

strukturellen Verbesserungen, die das Gesetz eigentlich fördern soll.

Der Verband fordert Bundestag und Bundesrat auf, das Gesetz im Vermittlungsverfahren

dringend finanziell nachzubessern und die Themen Pflegekompetenz und

Krankenhausfinanzierung klar zu trennen.

Katholischer Pflegeverband e.V. Adolf-Schmetzer-Straße 2-4 93055 Regensburg Tel.: +49 941 – 604877-0

Email: info@kathpflegeverband.de

www.kathpflegeverband.de

Der Katholische Pflegeverband e.V. vertritt als bundesweit größte Interessenvertretung von beruflich Pflegenden mit christlicher Grundhaltung professionell Pflegende aus den Bereichen Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege, Altenpflege und deren Assistenzberufen.